

## AMNESTY INTERNATIONAL

20. April 2023

### WELTWEIT:

## Gemeinsamer Brief an den Generalsekretär António Guterres der Vereinten Nationen und den Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen Miguel Ángel Moratinos

#### Anmerkung:

Seit seiner Veröffentlichung am 3. April 2023 ist dieser Brief aktualisiert worden, um zusätzliche Unterzeichner zu berücksichtigen, deren Gesamtzahl sich nun auf 104 Organisationen beläuft. Die aktualisierte Liste dieser Organisationen befindet sich im Anhang.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres und Herr Untergeneralsekretär Miguel Ángel Moratinos,

wir sind eine Koalition von 104 zivilgesellschaftlichen Organisationen und wir schreiben Ihnen, um unserer nachdrücklichen Unterstützung für die Selbstverpflichtung der Vereinten Nationen Ausdruck zu verleihen, auf einer Linie mit den internationalen Menschenrechtsstandards den Antisemitismus zu bekämpfen. Der Antisemitismus ist eine unheilvolle Ideologie, die für jüdische Gemeinden auf der ganzen Welt eine echte Gefahr darstellt und zu dessen Bekämpfung es sinnvoller Schritte bedarf. Unsere Organisationen rufen alle Führungen der Welt dazu auf, den Antisemitismus zu verurteilen und Maßnahmen zum Schutz jüdischer Gemeinden zu ergreifen, auch indem sie die Täter von Hassverbrechen zur Verantwortung ziehen.

Während die Vereinten Nationen ihren eigenen Aktionsplan in Richtung einer koordinierten und erweiterten Antwort auf den Antisemitismus entwickeln, der in den Menschenrechten verwurzelt ist, stellen wir fest, dass eine Reihe von Regierungen von Mitgliedsstaaten und einige Organisationen, die sich an diesen Regierungen ausrichten, sowie der frühere Sonderberichterstatter für Religions- oder Bekenntnisfreiheit Ahmed Shaheed es befürworten würden, wenn die Vereinten Nationen die „Arbeitsdefinition des Antisemitismus“ der Internationalen Allianz zum Gedenken an den Holocaust (IHRA / International Holocaust Remembrance Alliance) übernehmen und zur Anwendung bringen würden. Wir bitten Sie dringend dies nicht zu tun.

Die [IHRA-Definition](#) wurde ursprünglich entwickelt, um für wissenschaftliche Studien und zur Validierung von Daten bei der Strafverfolgung Orientierung zu bieten, ehe die IHRA begann, sie in ihre Arbeit wie etwa bei Schulungen zu Holocaust und Antisemitismus zu integrieren. Wo Regierungen und Institutionen die Definition übernehmen, wird dies oft als ein essentieller Schritt in den Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus gesehen. In der Praxis jedoch wird die IHRA-Definition oft benutzt, um Kritik an Israel fälschlicherweise als antisemitisch abzustempeln und gewaltfreien Protest, Aktivismus und Äußerungen, die Israel und/oder den Zionismus kritisch betrachten, in den USA und Europa ebenso wie anderswo kaltzustellen oder zuweilen zu unterdrücken. Diese Art der missbräuchlichen Anwendung hatte auch schon der frühere Sonderberichterstatter für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit E. Tendayi Achiume [kritisiert](#).

Angesichts des Vorschlags, diese Definition in einen Resolutionsentwurf des US-amerikanischen Berufsverbands der Juristen (ABA / American Bar Association) zum Thema Antisemitismus einzubinden, äußerte kürzlich selbst der Hauptverfasser der IHRA-Definition Ken Stern seine erneuten Bedenken über die institutionelle Übernahme der Definition. Diese Bedenken begründete er mit der wiederholten Nutzung der Definition als „ein bloßes Instrument, mit dem jedermann unverblümt als Antisemit abgestempelt werden kann“. Letztendlich verabschiedeten die ABA-Mitglieder eine Resolution zum Antisemitismus, die sich nicht auf die IHRA-Definition bezog. Sterns Botschaft an den ABA kann gleichermaßen auf die Vereinten Nationen angewendet werden.

Diejenigen, die die IHRA-Definition in missbräuchlicher Weise nutzen, bauen dabei tendenziell auf eine Sammlung von elf „zeitgenössischen Beispielen des Antisemitismus“, die der Definition im Jahr 2016 von der IHRA angehängt wurden. Sieben dieser Beispiele beziehen sich auf den Staat Israel. Diese Beispiele, die als mögliche Illustrationen und Indikatoren präsentiert werden, um „der IHRA eine Orientierung für ihre Arbeit“ zu bieten, sind unter anderem:

- „dem jüdischen Volk, z.B. durch die Behauptung, dass die Existenz eines Staates Israel ein rassistisches Unterfangen sei, sein Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern“, und
- „die Anwendung doppelter Standards, indem von [Israel] ein Verhalten erwartet oder verlangt wird, das man von keiner anderen demokratischen Nation erwartet oder verlangt“.

Durch die Formulierungen im ersten der oben genannten Beispiele hinsichtlich des Staates Israel als „rassistisches Unterfangen“ ist der Möglichkeit Tür und Tor geöffnet, kritische Meinungen, wie dass Israels Regierungsstrategien und –praktiken gegen die Internationale Konvention zur Beseitigung der Rassendiskriminierung verstoßen, als antisemitisch zu brandmarken, ebenso die Feststellung maßgeblicher israelischer, palästinensischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen, dass israelische Behörden das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid an Palästinenser\*innen verüben. Dieses Beispiel könnte ebenfalls dafür eingesetzt werden, Dokumentationen als antisemitisch einzustufen, die demonstrieren, wie die Staatsgründung Israels mit der Enteignung zahlreicher Palästinenser\*innen verbunden war. Auch das Argument mancher Knesset-Mitglieder, dass Israel von einem jüdischen Staat in einen multi-ethnischen Staat verwandelt werden sollte, der allen seinen Bürgern gleichermaßen gehört, also in einen Staat, der vielmehr auf einer bürgerlichen als auf einer ethnischen Identität beruht, lässt sich anhand dieses Beispiels als „antisemitisch“ definieren.

Das zweite Beispiel, bezüglich der „Anwendung doppelter Standards“, ermöglicht es, jeden, der sich auf israelische Völker- oder Menschenrechtverstöße konzentriert, als antisemitisch zu bezeichnen, solange andernorts stattfindende Verstöße, als schlimmer erachtet werden könnten. Nach dieser Logik könnte eine Person, die sich der Verteidigung der Rechte von Tibetern verschrieben hat, gleichermaßen des anti-chinesischen Rassismus bezichtigt werden. Und eine Gruppe, die sich mit der Förderung von Demokratie und Minderheitenrechten in Saudi-Arabien befasst, könnte sich mit Islamophobie-Vorwürfen konfrontiert sehen. Dieses Beispiel legt also nahe, dass es antisemitisch sei, den Staat Israel als etwas anderes zu bewerten als eine Demokratie, auch im Zuge der Beurteilung seiner Aktionen in den besetzten palästinensischen Gebieten, wo Israel seit mehr als einem halben Jahrhundert über Millionen von Palästinenser\*innen herrscht, die in den meisten der äußerst wichtigen Angelegenheiten, die sich auf ihr Leben auswirken, keinerlei Mitspracherecht haben und die ihrer grundlegenden Bürgerrechte beraubt sind.

Die IHRA relativiert ihre Beispiele jedoch und hält fest: „*Kritik an Israel, auf eine Art wie sie der Kritik an anderen Ländern entspricht, kann nicht als antisemitisch bezeichnet werden*“ und bei gefundenen antisemitischen Vorfällen ist immer „*der gesamte Kontext in Betracht zu ziehen*“. Wo es allerdings darum geht, legitime Äußerungen und Aktivitäten von Kritikern des menschenrechtlichen Gebarens Israels und von Befürwortern palästinensischer Rechte zum Schweigen zu bringen, konnten diese Ausschlussklauseln die politisch motivierte Instrumentalisierung der IHRA-Definition in der Praxis bislang jedoch nicht verhindern.

Im Zielvisier von Antisemitismus-Vorwürfen anhand der IHRA-Definition stehen unter anderem Universitätsstudenten und Professoren, Graswurzelorganisationen, Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen, humanitäre Gruppen und Mitglieder des US-Kongresses, die Israels Politikstrategien entweder dokumentieren oder kritisieren, und die sich zugunsten palästinensischer Menschenrechte aussprechen. Wenn die Vereinten Nationen der IHRA-Definition in irgendeiner Form beipflichten sollten, dann könnten sich offizielle Vertreter der Vereinten Nationen, die thematisch zu Israel und Palästina arbeiten, anhand der IHRA-Definition bald selbst fälschlich des Antisemitismus beschuldigt sehen. Dasselbe gilt für die zahlreichen Agenturen, Abteilungen, Ausschüsse, Foren und Konferenzen der Vereinten Nationen, die auf Israel und Palästina bezogene Themen berühren, und auch für die zivilgesellschaftlichen Akteure und Menschenrechtsverteidiger, die in das System der Vereinten Nationen eingebunden sind.

Nachdem die Regierung des Vereinten Königreichs von Großbritannien die IHRA-Definition des Antisemitismus auf nationaler Ebene verabschiedet hatte, sagten im Jahr 2017 mindestens zwei britische Universitäten bereits geplante Aktivitäten im Zuge der „*Israel-Apartheid-Woche*“ ab. Eine davon, die Universität von Zentral-Lancashire, verbot eine von den *Freunden Palästinas* geplante Podiumsdiskussion zum Thema Boykotte gegen Israel. Ein Sprecher der Universität erklärte: „*Wir sind überzeugt, dass die vorgeschlagene Runde der [IHRA] Definition des Antisemitismus, die von der Regierung formell übernommen wurde, zuwiderläuft*“.

Im Februar 2020 gingen Israel-Lobbygruppen in den USA gegen die Pomona-Pitzer-Hochschule vor, weil diese eine Filmvorführung über palästinensische Proteste im Gazastreifen gegen israelische Repressionen und eine von den *Studenten für Gerechtigkeit in Palästina* (Students for Justice in Palestine/ SJP) veranstaltete Podiumsdiskussion zum Thema „*Perspektiven für Hochschulen und den israelisch-palästinensischen Konflikt*“ unterstützt hatte, bei der der bekannte jüdische Kommentator Peter Beinart und der palästinensisch-amerikanische Schriftsteller und politische Analyst Yousef Munayyer zu Wort kamen. Diese Israel-Lobbygruppen behaupteten, dass die Positionen der SJP wie

deren Unterstützung für die BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) „*anhand der von der IHRA aufgelisteten Beispiele klare Indikatoren für Antisemitismus*“ sind. Im Januar 2020 riefen die Israel-Lobbygruppen die Universität Michigan auf, die Tagesordnung einer „*Jugend für Palästina*“ Konferenz, die sich vorrangig mit studentischen Aktivitäten und dem gemeinschaftlichen Organisieren zum Thema Palästina befasste, zu überprüfen, „*sie mit der IHRA-Definition zu vergleichen*“ und zu erwägen, die Konferenz wegen etwaiger Bedenken abzusagen, dass sie den Antisemitismus schüren werde.

Einige ihrer Befürworter präsentieren die IHRA-Arbeitsdefinition allerdings als unumstrittene „*Konsensdefinition*“, auch wenn zahlreiche führende Antisemitismus-Experten, Wissenschaftler aus den Bereichen der Judaistik und des Holocaust sowie etliche Fachleute auf den Gebieten Freie Meinungsäußerung und Antirassismus dieser Definition widersprechen und argumentieren, dass sie die legitime Kritik an Israel einschränke und dem Kampf gegen den Antisemitismus schade.

Seit dem Jahr 2021 sind mindestens zwei alternative Definitionen vorgeschlagen worden - die [Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus](#), die von Hunderten Wissenschaftlern auf den Gebieten Antisemitismus, Holocaust-Studien, Judaistik und Orientalistik unterstützt wird, und das [Nexus-Dokument](#), das von einer Arbeitsgruppe vorgeschlagen wurde, die mit dem Bard College und der Universität von Südkalifornien in Verbindung steht. Während sie einerseits anerkennen, dass Kritik an Israel antisemitisch sein kann, legen diese alternativen Definitionen deutlich klarer dar, was Antisemitismus eigentlich ist und was nicht, und bietet innerhalb der Konturen legitimer Äußerungen und Handlungen um das Thema Israel und Palästina Orientierung an.

Als internationale Organisation, die sich der universellen Beförderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten verpflichtet hat, sollten die Vereinten Nationen gewährleisten, dass ihre lebenswichtigen Bemühungen im Kampf gegen den Antisemitismus nicht versehentlich Politiken und Gesetze bestärken oder befürworten, die grundlegende Menschenrechte untergraben, darunter auch das Recht, sich für die Unterstützung von palästinensischen Rechten auszusprechen und zu organisieren sowie das Recht, israelische Regierungspolitiken zu kritisieren.

**Aus diesen Gründen fordern wir die Vereinten Nationen dringend auf, die IHRA-Definition des Antisemitismus nicht zu befürworten.**

Wir freuen uns darauf, die Bemühungen der Vereinten Nationen im Kampf gegen den Antisemitismus auf eine Weise zu unterstützen, die die Menschenrechte respektiert, sie schützt und befördert.

Hochachtungsvoll,

## **UNTERZEICHNER**

*\* Unterzeichner die diesem Schreiben nach der Erstveröffentlichung am 3. April 2023 beigetreten sind*

Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel\*

Addameer Prisoner Support and Human Rights Association

Al Mezan Center for Human Rights

Al-Haq, Law in the Service of Mankind

American Civil Liberties Union (ACLU)

Amnesty International\*

B'Tselem

Gisha - Legal Center for Freedom of Movement

Human Rights Watch

International Federation for Human Rights (FIDH)

Ligue des droits de l'Homme (LDH)

Palestinian Centre for Human Rights (PCHR)

Physicians for Human Rights-Israel

## **UNTERSTÜTZT DURCH**

11.11.11

7amleh - The Arab Center for Social Media Advancement

A Different Jewish Voice (Netherlands)\*

Academia for Equality\*

Africa4Palestine (AFP)

American Friends Service Committee

American Humanist Association\*

American Muslims for Palestine (AMP)\*

Americans for Peace Now\*

Arab Canadian Lawyers Association\*

Association "Pour Jérusalem"

Association des Universitaires pour le Respect du Droit International en Palestine (AUDRIP)

Association France Palestine Solidarité (AFPS)

BDS Netherlands

Belgian Academics & Artists for Palestine (BAA4P)

Bisan Center for Research and Development\*

Breaking the Silence\*

British Society for Middle Eastern Studies (BRISMES)\*

Broederlijk Delen

Cairo Institute for Human Rights Studies (CIHRS)\*

Canadian Friends Service Committee (Quakers)\*

Canadians for Justice and Peace in the Middle East

Catholics for Justice and Peace in the Holy Land (CJPHL)\*

CCFD-Terre Solidaire

Charity & Security Network\*

CIDSE

CNCD-11.11.11

Collectif Judéo Arabe et Citoyen pour la Palestine (CJACP)

Combatants for Peace  
Comhlahm Justice for Palestine  
Defending Rights & Dissent\*  
Defense for Children International - Palestine  
Democracy for the Arab World Now (DAWN)  
EuroMed Rights\*  
European Coordination of Committees and Associations for Palestine (ECCP)\*  
European Jews for a Just Peace  
European Legal Support Center (ELSC)  
European Middle East Project (EuMEP)  
Finnish-Arab Friendship Society  
Foundation for Middle East Peace (FMEP)\*  
Friends of Sabeel North America (FOSNA)\*  
gate48 - critical Israelis in the Netherlands\*  
Global Ministries of the Christian Church (Disciples of Christ) and United Church of Christ  
Global Ministries of the United Methodist Church  
Human Rights Defenders Fund (HRDF)\*  
IfNotNow\*  
Independent Australian Jewish Voices (IAJV)\*  
Independent Jewish Voices Canada  
International Service for Human Rights (ISHR)\*  
Ireland-Palestine Solidarity Campaign (IPSC)\*  
Israeli Committee Against House Demolitions (Finland)  
Israeli Committee Against House Demolitions (UK)  
Jahalin Solidarity\*  
Jewish Network for Palestine (UK)  
Jewish Voice for a Just Peace in the Middle East (Germany)  
Jewish Voice for Labour (JVL)\*  
Jewish Voice for Peace - Twin Cities\*  
Jewish Voice for Peace (JVP)\*  
Jews against the Occupation Australia\*  
Jews for Palestine-Ireland  
Just Peace Advocates / Mouvement Pour Une Paix Juste\*  
Kairos Ireland  
La Cimade (France)  
Law for Palestine\*  
Le Comité de Vigilance pour une Paix Réelle au Proche-Orient (CVPR PO)  
Medico international  
Mennonite Church Canada Palestine-Israel Network\*  
Middle East Peace Now\*  
Minnesota BDS Community\*  
Mouvement de la paix France  
Nederlands Palestina Komitee  
One Justice  
Palestine Solidarity Campaign UK\*  
Palestinian NGOs Network (PNGO)  
Parents Against Child Detention (PACD)

Pax Christi USA  
Plateforme des ONG françaises pour la Palestine  
Presbyterian Church (USA)  
Project South\*  
Promise Institute for Human Rights\*  
Sadaka - The Ireland-Palestine Alliance\*  
The Rights Forum  
Trinity College Dublin BDS\*  
Tzedek Collective\*  
Une Autre Voix Juive (France)  
Union Juive Française pour la Paix (UJFP)  
United Jewish People's Order of Canada  
United Network for Justice and Peace in Palestine and Israel (UNJPPI)\*  
University Network for Human Rights  
Women Against Military Madness (WAMM)\*  
Women in Black (Vienna)